

Entwicklungszusammenarbeit als solidarische Verpflichtung

ANLÄSSLICH DES INTERNATIONALEN SYMPOSIUMS „DAS GEMEINWOHL IN EINER GLOBALISIERTEN WELT“ IN BERLIN

In den entwicklungspolitischen Absichtserklärungen, Programme und Strategien findet sich der Hinweis auf eine solidarische Verpflichtung zur Entwicklungszusammenarbeit nur selten. Die programmatischen Verlautbarungen der Europäischen Union, der European Consensus, die Afrikastrategie und die Erklärung von Lissabon gebrauchen den Begriff nur sehr allgemein und eingeschränkt: Gerechtigkeit und Solidarität seien Grundwerte menschlichen Lebens. Deshalb müsse den Bürgern der Europäischen Union ein besseres, solidarisches Verständnis für die weltweite Interdependenz und Entwicklungszusammenarbeit vermittelt werden. Angesprochen werden natürlich auch die aus den europäischen Werten herrührende humanitäre Verpflichtung und die Wahrung der Menschenrechte. Viel deutlicher und häufiger wird aber in diesen Verlautbarungen von Interessen der Geber gesprochen: dem Interesse am weltweiten Frieden und Entwicklung, an Sicherheit, dem wirtschaftlichen Interessen an einer entfalteten Weltwirtschaft.

Der Begriff der Solidarität gehört wie *ownership*, Partnerschaft und internationale soziale Gerechtigkeit zu den Begriffen, welche das internationale Handeln und insbesondere die Entwicklungszusammenarbeit als altruistisch darstellen. Jedermann weiß aber, dass in den politischen Beziehungen mit den Entwicklungsländern andere Motive dominieren. Auch darf man annehmen, dass das Engagement der vielen Menschen, die sich für die Linderung der Armut und Not in der Welt einsetzen – durch ihre Mitarbeit,

advocacy Arbeit oder mit auch mit Spenden –überwiegend vom Mitleid, vom Motiv des Helfens bestimmt ist. Solidarität ist aber mehr als Helfen und Gutes tun, mehr als karitative und humanitäre Hilfe für die Armen, mehr als Mitmenschlichkeit und Altruismus.

Was heißt also „solidarische Verpflichtung“ in der internationalen Zusammenarbeit? Bei der Suche nach einer Antwort möchte ich mit einer Anekdote beginnen. Als vor 46 Jahren die Konrad-Adenauer-Stiftung ihre internationale Arbeit begann, nannte sie ihre neue Abteilung „Institut für internationale Solidarität“. Das hat damals viele verwundert. Als Bundeskanzler Adenauer dieser Namensvorschlag vorgeschlagen wurde, war er zunächst nicht damit einverstanden. Erst der Hinweis, dass der Begriff in der christlichen Soziallehre, insbesondere bei ihren deutschen Vordenkern Heinrich Pesch, Gustav Gundlach und Oswald von Nell-Breuning, eine zentrale Bedeutung habe, überzeugte ihn. So trug die internationale Abteilung der Konrad-Adenauer-Stiftung bis 1984 die Bezeichnung „Institut für internationale Solidarität“. Es ist deshalb wohl nahe liegend, gerade ihm Hinblick auf Dr. Bernhard Vogel, den wir mit dieser Veranstaltung ehren und der den Genannten damals als „junger Wissenschaftler verbunden war, auf die damaligen Überlegungen näher einzugehen, zumal, wie ich meine, diese auch heute noch oder wieder relevant sind.

Der Begriff Solidarität, wie er bei Beginn der internationalen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung verstanden wurde, hat wenig mit seinem heutigen inflationären Gebrauch gemein. Er sollte damals das Ziel ausdrücken, solidarisch und partnerschaftlich mit all denjenigen zusammen zu arbeiten, welche sich weltweit, vor allem in der Dritten Welt für eine freiheitliche, demokratische und gerechte Ordnung auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes einsetzten. In dem damaligen Verständnis drückt sich in dem Begriff Solidarität eine personale Verbundenheit und Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Menschen aus, welche die gleichen Ziele und Wertevorstellungen haben.

Allerdings eilte diese Auffassung dem damals vorherrschenden Denken voraus. So sucht man vergeblich in einem von den beiden Kirchen 1966 herausgegebenen Handbuch zur Entwicklungspolitik nach dem Begriff „Solidarität“. Das Solidaritätsprinzip als Begriff der katholischen Soziallehre war damals nur auf den Nationalstaat bezogen. Es sollte Strukturprinzip des als Solidargemeinschaft seiner Bürger verstandenen Staates sein. Der Staat war der Rahmen zur Verwirklichung des Gemeinwohls.

Ob dies in der sich globalisierenden Welt und den daraus entstehenden Handlungsbegrenzungen und –zwängen auch heute noch so gesehen werden kann, ist fraglich. Gerade daraus leitet sich heute das Verlangen nach einer weltweiten Ethik des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Handelns ab. Das heißt nicht, dass der Staat keine Bedeutung mehr hat, aber er ist eher nur Organisationsprinzip im Rahmen der internationalen Gemeinschaft, wobei zudem seine Funktionsfähigkeit in vielen Entwicklungsländern in Frage steht. Insofern ist die Welt heute sehr viel komplizierter und unübersichtlicher, als vor 50 Jahren. Ordnung, Friede, Entwicklung, sozialer Ausgleich vollzieht sich immer weniger im Rahmen von Staaten, diese sind nicht mehr letzte Instanz, sondern nur noch wichtige Akteure. Es gibt zwar Vorstellungen, wie das Weltgemeinwohl, die Wohlfahrt aller Menschen aussehen könnte. Aber wie wir dahin kommen bleibt offen angesichts

der Vielfalt der Akteure, der unterschiedlichen politischen Interessen, der Unvollkommenheit der Märkte, aber auch der Tatsache, dass nicht alle der mehr oder minder Mächtigen der Welt bereit sind ein Weltgemeinschaftswohl zum obersten Maßstab ihres Handelns zu machen? Darum gewinnen seit Jahren, wenn auch nicht nach außen voll sichtbar, die Dialogrunden, die Arbeitsgemeinschaften und Netzwerke, die quer durch die Staaten und Gesellschaften danach suchen, wie Frieden, mehr Gerechtigkeit, der Erhalt der weltweiten Lebensgrundlagen verwirklicht werden kann, immer mehr an Bedeutung. Der Dialog, das gemeinsamen Handeln, die wechselseitige Unterstützung der Vorkämpfer für dieses Ziel, über die Grenzen der Staaten hinweg, ist heute wichtiger, als vor 50 Jahren. Hier verortet sich internationaler Solidarität.

Dabei handelt es sich nicht um akademische Diskussionen. Im Mittelpunkt steht die immer dringlicher werdende Frage der weltweiten Armut. Das eigentliche Kernproblem für die Zukunft ist nicht der weitere Fortschritt für den „reichen“ Teil der Menschheit, sondern die Frage, wie sich eine Weltgesellschaft gestalten lässt, in der die Mehrheit der materiell armen Menschen ihren Platz haben und menschenwürdig leben können.

Dabei ist Armut ist viel mehr als nur eine Frage des Einkommens. Auch die Armen haben einen Anspruch auf Gesundheit, auf das Leben in einer von ihnen bestimmten Gemeinschaft, auf ständige Einkommensquellen, auf einen rechtsicheren Bereich, der sie vor Ausbeutung schützt und auf eine Mitwirkung an den öffentlichen Angelegenheiten, vor allem in ihrem eigenen Lebensraum auf der lokalen Ebene. Es geht um ihre Chance zur Ergreifung neuer wirtschaftlicher Möglichkeiten, etwas, von dem sie glauben, dass es ihnen heute verschlossener ist als früher. Es geht um ihr das Recht auf eigene Organisationen, die es ihnen ermöglichen, mit der Regierung, mit der Wirtschaft und mit Nichtregierungsorganisationen zu verhandeln und von ihnen Rechenschaft zu fordern. Es geht um die

direkte Unterstützung für von ihnen selbst initiierte Programme, mit denen sie ihr eigenes Schicksal bestimmen können. Sie wehren sich auch dagegen, eine ausgegrenzte Kaste ohne Hoffnung auf sozialen Aufstieg zu werden.

Armutsbekämpfung bedeutet deshalb, die Möglichkeiten der Selbsthilfe der Armen zu erweitern und ihnen das nötigen Wissen und die Technik zugänglich zu machen, die sie zur Verbesserung ihrer Lebenschancen benötigen. Sie bedeutet auch, die mörderischen Konflikte, in denen die Armen durch den Machtkampf der Eliten hineingezogen werden, zu unterbinden. Armutsbekämpfung heißt eine „Kultur menschenwürdiger Armut“ zu ermöglichen. Davon sind wir nach wie vor weit entfernt. Allen Erfolgsmeldungen zum Trotz wächst in den Entwicklungsländern nicht nur der Abstand zwischen Arm und Reich, sondern auch absolut die Zahl der Armen.

Mit einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen den Staaten und internationalen Organisationen und der Erhöhung der Entwicklungshilfe, so nötig und wichtig diese auch ist, kann dieser Herausforderung allein nicht begegnet werden. Die Führungseliten gerade der Länder, in denen die Probleme am größten sind, besitzen oft nicht die Fähigkeit, die Durchsetzungskraft und den Willen, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Es ist eben nicht nur das Geld, das fehlt. Daran kann auch die so genannte neue Entwicklungsarchitektur, staatliche Sanktionen und Konditionalitäten, aber auch internationale Partnerschaften, wie die zwischen Afrikanischer Union und Europäischer Union, wenig ändern. Zwischen Staaten und ihren Regierenden gibt es keine Solidarität und Partnerschaft, das gibt es nur zwischen Menschen. Staaten haben mehr oder minder gemeinsame Interessen, die zudem zeitlich variabel sind, es sei den, sie werden institutionell verfestigt, wie in der Europäischen Union. Vergleichbares ist aber in Afrika, Lateinamerika und Asien nicht zu sehen.

Ich komme auf die Relevanz der eingangs erwähnten Sozialwissenschaftler zurück. Ihre Interpretation des Solidaritätsprinzips und des ihm verbundenen Subsidiaritäts-

prinzip können die Richtung für eine solidarische und subsidiäre Armutsminderung weisen. Subsidiarität heißt nämlich nichts anderes als auf die Selbsthilfe und Eigenverantwortung zu setzen, gerade auch der Armen. Sie heißt „rechte“ Hilfe an die Familien und Gruppen zu geben, weil „unrechte“ Hilfe auch schädlich sein kann. Alle diejenigen, denen geholfen werden soll, müssen, so weit als immer möglich, als aktive Mitträger an der Verwirklichung der Hilfe beteiligt werden. Deshalb lässt sich, was immer international gedacht und gesagt wird, Entwicklung nicht von außen und oben planen und steuern, sie muss aus dem Innern der jeweiligen Gesellschaft, aus ihrer Mitte kommen und die Armen subsidiär und solidarisch einbeziehen. Das ist keine Entwicklungsromantik, sondern wird durch die Erfahrung erhärtet. Sicher ist in dieser Hinsicht sicher manches geschehen, aber bei weitem nicht genug. Die multilaterale und die bilaterale staatliche Entwicklungshilfe erliegen immer wieder der Versuchung, ihr Heil in zentralistischen, bürokratischen und technokratischen Konzepten zu sehen. Einige Elemente der so genannten neuen Entwicklungsarchitektur, die einen Neubeginn bringen soll, gehen leider in diese falsche Richtung.

Es braucht überall in der Welt Menschen, die die Herausforderung solidarischer Hilfe, die die Armen als Person sieht und nicht nur als Objekt, erkennen und gemeinsam nach Wegen suchen. Die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung ist, wie die der andern politischen Stiftungen, der kirchlichen Werke, der Nichtregierungsorganisationen und der direkten Partnerschaftsinitiativen deshalb so wichtig, weil über sie ein gesellschaftlicher Dialog geführt werden kann und reformorientierte Netzwerke gebildet werden, weil sie zivilgesellschaftliche Initiativen unterstützt, welche die Brücken zu den Armen und ihren Selbsthilfebewegungen baut. Dies ist der Ort, wo solidarische Entwicklungszusammenarbeit wächst, in vielen kleinen Schritten, im Dialog und in der direkten unterstützenden Zusammenarbeit. So mühsam und fremd unserem heutigen, vom Management von Großorganisationen geprägten Denken die-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

ser Weg auch dünkt, es gibt wohl keinen
anderen.

PROF. PETER MOLT

15. Februar 2008

www.kas.de